

Kleines Opfer für den großen Ofen?

Die Ortspolitik tut sich schwer mit den Kohlenzügen zum Kraftwerk Farge / *Eine Betrachtung von Jürgen Theiner*

Kohlenzüge – war ihr Bild nicht einmal positiv besetzt? Wo sie eintrafen, rauchten Schloten, hatten Menschen Arbeit. Jobs braucht unsere Gesellschaft auch heute noch, nur soll von ihnen möglichst kein Krach und Gestank mehr ausgehen. Insofern sind die Kohlenzüge, die in Kürze wieder Bremen-Nord durchqueren werden, ein rollender Anachronismus.

Bremen-Nord. Die Weichen sind gestellt: Zwar gibt es noch kein festes Datum für den ersten Kohlentransport über Nordbremer Gleise seit 2001, doch er wird kommen, spätestens Anfang April. Alle Versuche, politische oder juristische Prellböcke aufzustellen, müssen als gescheitert gelten. Das haben sich vor wenigen Tagen auch die Vegesacker Beiratspolitiker eingestanden, als sie den Verkehrslenker in einer Entschließung aufforderten, entlang der Bahnstrecke „für einen umfassenden Schutz der anliegenden Wohnbevölkerung Sorge zu tragen“. Auch den Parteivertretern ist also klar: Die Sache selbst ist nicht mehr zu verhindern.

Der Kraftwerksbetreiber GDF Suez will künftig werktags je vier Zuggespanne einsetzen, die von Wilhelmshaven aus jährlich 850 000 Tonnen Steinkohle herbeischaffen sollen. Das ist günstiger als die bisherige Anlieferung per Binnenschiff.

Um wie viel günstiger, darüber hüllt sich der Konzern mit Sitz in Paris und Brüssel in Schweigen. Blumenthals Ortsamtsleiter Peter Nowack schätzt den Kostenvorteil durch den Bahntransport anhand ihm vorliegender Daten auf gut zwei Millionen Euro jährlich. Zum Vergleich: GDF Suez macht weltweit 90 Milliarden Euro Umsatz,

der prozentuale Gewinn liegt im deutlich zweistelligen Bereich. Man könnte sagen: Der Energiemulti ist nicht von der Umstellung der Lieferlogistik für sein Farger Kraftwerk abhängig. Er könnte auch darauf verzichten.

Macht er aber nicht. Warum auch? Dem Konzern geht es schließlich um Profit. Peter Nowack sieht das mit der Nüchternheit eines ehemaligen Bahn-Konzernbetriebsrats, der selbst jahrelang effizienzfixierten Zahlenmenschen gegenübergesessen hat. „Am Ende ist es so, dass der Bleistift spitz angesetzt wird“, sagt Nowack. Gleichwohl sei das Kraftwerk immer ein fairer Partner Blumenthals gewesen. Der Stadtteil hat profitiert, auch heute noch. So zahlt GDF Suez in das Bremer Stadtsäckel ungefähr doppelt so viel Gewerbesteuer, wie die Gemeinde Schwanevörde insgesamt einnimmt. Das Kraftwerk beschäftigt 120 Mitarbeiter und bildet 25 Azubis aus.

Kaum Kritik aus Blumenthal

Blumenthal hat also einen konkreten Nutzen vom Kraftwerk, stellt Nowack fest. Unausgesprochen steht im Raum: Muss Blumenthal, muss Bremen-Nord als Ganzes dann nicht auch mal etwas geben? Oder wenigstens erdulden?

In der Nordbremer Kommunalpolitik stehen sich in dieser Frage zwei Positionen gegenüber. Während der Blumenthaler Beirat mit den Kohlefuhrern kein Problem zu haben scheint, sieht man in Vegesack und Burglesum die GDF-Pläne überaus kritisch. Dieser Dissens erstaunt auf den ersten Blick, sind doch alle drei Beiräte SPD-dominant. Obendrein haben die Ortsamtsleiter alle ein rotes Parteibuch.

Die oberflächliche Erklärung könnte demnach lauten: Die Loyalität zum großen Gewerbesteuerzahler sinkt mit der Entfernung vom Kraftwerksschlot. Doch die Wahrheit liegt tiefer. Was da exemplarisch ausgetragen wird, ist ein Konflikt zwischen Sozialdemokratie alter und neuer Prägung. Die Blumenthaler SPD lebt noch stark aus den Traditionen einer Arbeiterpartei, in der gilt: Man bekommt im Leben nichts geschenkt, und für den bescheidenen Wohlstand, den man sich erkämpft hat, sind auch kleine Opfer zu bringen. Aus dem gleichen Grund, aus dem sich ein Genosse im Ruhrgebiet nie über Ruß an seinem kleinen Siedlungshäuschen beschwert hätte, meckert ein Farger Sozi nicht über vier Güterzüge am Tag, wenn dafür sein Job im Kraftwerk sicher scheint.

In den Vegesacker und Burglesumer Ortsvereinen ist diese traditionelle Denke der Malocher-SPD kaum noch anzutreffen. Dort ist zumindest der Funktionskader von der Linksbürgerlichkeit des öffentlichen Dienstes geprägt – man fühlt sich Bürgerinitiativen gegen Bahnlärm näher als dem Kraftwerksarbeiter, der gern auch in zehn Jahren noch Turbinen warten möchte.

Die Manager bei GDF Suez muss das alles nicht interessieren. Sie haben wenig Muße für die Lokalpolitik in Bremen-Nord, sofern sie überhaupt wissen, wo das liegt. Das Kraftwerk Farge ist für sie ein Bilanzposten. Solange er ein schönes Plus aufweist und wenig Ärger bereitet, wird der Energiemulti den großen Ofen an der Weser auch weiter befeuern. Sollte Farge beginnen zu nerven – etwa weil für jede Grundschule und jedes Seniorenheim

entlang des Gleises eine eigene Lärmgrenzwertediskussion losgetreten wird – dann könnte der zuständige GDF-Statthalter ins Grübeln kommen. Vielleicht würde er Farge bei der nächsten Nachrüstungsrunde außen vor lassen und die abgeschriebenen Anlagen irgendwann auslaufen lassen. Im Endeffekt gäbe es auf der Schiene nach Farge dann keine Güterzüge mehr, aber am Ende des Gleises auch keine Jobs.

Das ist der Tag, vor dem Peter Nowack bange ist. Nicht ganz zu Unrecht.